

ben" (so Heinrich Lummer, CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus), trug mit dazu bei, daß die westliche Berlin-Hälfte für einreisende Ausländer „nach wie vor ein Loch ist“ (so ein Sicherheitsexperte des Innensenators Kurt Neubauer).

Das Loch: Drei weitgehend unkontrollierte Verbindungen der von der DDR auch in West-Berlin betriebenen S-Bahn sowie eine West-Berliner U-Bahn-Linie kreuzen sich auf DDR-Territorium im Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße. Dort wiederum können Ein- und Ausreisende aus Ost-Berlin, von Westbehörden unkontrolliert, DDR-Übergangsstellen passieren — Ausländer schon nach Vorlage ihrer Personalpapiere.

Sich in dem außerhalb der Ost-Berliner Stadtgrenzen liegenden DDR-Airport eine auf 24 Stunden befristete Aufenthaltserlaubnis für Ost-Berlin zu beschaffen, ist für nichtdeutsche Fluggäste daher relativ einfach. Sie müssen lediglich bei der Flughafentfiliale des DDR-Reisebüros ein Hotelzimmer für eine Übernachtung in der DDR-Hauptstadt buchen. Einmal in Ost-Berlin, ist das Absetzen dann nahezu problemlos.

In der West-Berliner Schutzpolizei-wache am Ausländerübergang „Checkpoint Charlie“ in Kreuzberg, die nur eine optische Funktion hat, ist dieser „kleine Umweg nicht unbekannt“. Hier, wo sich auch alliierte Kontrolleure nicht für Visa interessieren, wußten die Schupos bereits vergangene Woche, daß „einige der an der Waltersdorfer Chaussee zurückgewiesenen Araber mir nichts, dir nichts mit der S-Bahn eingereist sind“. Eine Weiterbeförderung in das Gebiet der Bundesrepublik könnte nach Polizeivermutungen dann beispielsweise in plombierten Lastwagen erfolgen.

Um möglichst schon das Mauerloch zu stopfen, diskutierte der Sicherheitsausschuß des West-Berliner Abgeordnetenhauses vergangene Woche neue Schutzmaßnahmen — von verstärkten Stichproben bis hin zu Kontrollen für alle Reisenden. Doch das Grundproblem konnten die Abgeordneten nur hypothetisch angehen. Denn allein 732 zusätzliche Beamte, so hatten Neubauers Fachleute errechnet, wären nötig, um die Fahrgäste aus Richtung Ost-Berlin an 172 U- und S-Bahnhöfen in der Weststadt zu kontrollieren.

Was arabischen Dunkelmännern möglicherweise auch künftig die Einreise jenseits der Legalität erleichtert, gilt zudem bei anderen Ausländergruppen als erwünschter Nebeneffekt. Denn nahezu anonym können auf demselben Wege auch Bulgaren wie Russen, Polen wie Tschechen nach West-Berlin einreisen und hier — 31 Tage ohne Aufenthaltserlaubnis — Kontakte mit ihren Westpartnern pflegen.

In schier auswegloser Situation will Christdemokrat Heinrich Lummer nun gar eine tätige Mithilfe der DDR-Organen nicht mehr ausschließen. Lummer: „Man sollte mit Ost-Berlin sprechen, damit die ihre Grenze auch als Grenze behandeln.“

OLYMPIA

Hinterher leer

Münchens Stadtväter wollen aus dem Olympia-Quartier der Israelis ein „Friedenshaus“ machen. Die Bauträger, die noch keine der 19 Wohnungen des Hauses verkauft haben, nennen den Plan „einen Schmarren“.

Bürgermeister Walter Tröger vom olympischen Dorf in München — der bis zum Ablauf seiner Amtszeit am 31. Oktober die 5000 ehemaligen Athle-

Betroffenen und sind mit ihnen verbunden“) an das Massaker.

Während die Blumen verwelken und einzelne Kranzschleifen „offenbar von Andenkensammlern“ (Tröger) abgeschnitten werden, erwägt Münchens Stadtrat den Plan, das israelische Quartier zu einem „Friedenshaus“ umzubauen. Oberbürgermeister Georg Kronawitter fand mit dieser Idee seines Amtsvorgängers Hans-Jochen Vogel im Ältestenrat „die Bereitschaft, etwas zu tun“, weil man ja „so was nicht von heute auf morgen vergessen“ dürfe.

Das Vorhaben, die zweigeschossige Maisonnettewohnung an der Connollystraße in eine Gedenkstätte zu verwandeln, stieß freilich beim Bauträger des Hauses auf entschiedene Ablehnung. Für Peter Milau von der „Bayerischen Baukredit-Gesellschaft“, die bislang noch keine der 19 Eigentumswohnungen im Haus Nummer 31 verkaufen konnte, ist „das alles ein Schmarren“ —



Attentatsstätte im Olympia-Dorf: „Die Leute in der Nachbarschaft werden ausziehen“

tenwohnungen inspiziert — bohrte mit dem Finger in einer von vier Einschußstellen in der Betonwand und zweifelte, „ob diese Wohnung überhaupt noch irgend jemand haben will“.

In dieser Wohnung — Connollystraße 31, Parterre, links — waren am 5. September zwei israelische Olympiateilnehmer von arabischen Terroristen erschossen und neun weitere Athleten 17 Stunden lang als Geiseln festgehalten worden, bis sie beim nächtlichen Befreiungsversuch auf dem Flughafen Fürstentfeldbruck getötet wurden.

Vor dem Haus erinnern Kränze des Bundestagspräsidenten, des Dorfbürgermeisters, benachbarter Mannschaften, der „Belegschaft des Postamts“ und das Blumengebinde „einer deutschen Familie“ („Wir fühlen mit den

offenbar, weil der normale Geschäftsgang behindert wird. Milau, zwei Wochen nach dem blutigen Dienstag: „Die Deutschen sind ja eine ganz besondere Rasse, die nie was vergessen kann.“

Konkreter sind die Einwände der „Olympia-Dorf Maßnahmeträger-Gesellschaft“ (ODMG), die im Auftrag der sechs Bau-Konsortien die Anlage künftig verwalten soll. „Alles in Ehren“, sagt ODMG-Sprecher Gerhard Schmakat, und „ähnlich wie bei den Spielen werden dann die Rasenanlagen rundherum niedergetrampelt“. Folge, laut Schmakat: „Die Leute in der Nachbarschaft werden ausziehen, beziehungsweise gar nicht erst kaufen.“

Ums Geschäft sorgt sich auch Geschäftsführer Hans-Hermann Hesse von der „Bayerischen Hausbau KG“, einer

Schwesterfirma der Bauträgerin. Er hat „jedenfalls kein Verständnis dafür, daß wir jedes Vierteljahr die Einschußstellen nachbohren, und hinterher bleibt mir der ganze Block leerstehen“.

Hausbau-Hesse, der für seine Olympia-Häuser vorläufig noch Miete (elf Mark pro Quadratmeter) vom Olympischen Organisationskomitee kassiert, sieht nur zwei Auswege für die städtischen Planer: „Entweder, die bauen in Fürstfeldbruck irgendeine Gedenkstätte, oder sie kaufen gleich das ganze Haus.“

Die 19 Wohneinheiten des dreieinhalbgeschossigen Gebäudes kosten freilich „so an die vier Millionen Mark“ (Hesse), und das ist für die Stadt „finanziell unmöglich zu verkraften“ (Oberbürgermeister Kronawitter). Selbst die vom Ältestenrat ins Auge gefaßten 500 000 Mark für die Israel-Gedenkstätte will Kronawitter „mit Bund, Land und eventuell Organisationskomitee“ teilen.

Geschäftsführer Hesse, der bislang „von der Stadt noch nicht angesprochen wurde“, hält den Gedenkplan vorläufig noch für „so eine Idee, die irgendwann wieder in Vergessenheit gerät“ — es sei denn, es meldeten sich „18 Verrückte, die unbedingt als Flurnachbarn einer Totengedenkstätte leben möchten“.

MINISTER

Habense Lust

Vom landläufigen Bild des erfolgreichen Politikers hebt sich der neue nordrhein-westfälische Justizminister Posser ab, der Nachfolger von Ministerpräsident Kühn werden soll.

Eigentlich müßte Diether Posser, Jahrgang 22, vor dem Sündenfall geboren sein, denn jegliche Versuchung scheint ihm fremd.

Geld ist ihm „nichts wert“. Politik macht er nicht um der Macht willen, sondern weil er „gern Verantwortung trägt, auch für andere“. „Ich hasse überhaupt keinen Menschen“, sagt er. „auch den Strauß nicht“, und „ich belüge niemanden, selbst in der Politik nicht“.

„Ich bin sehr fleißig“, weiß der neue NRW-Justizminister, und „wenn überhaupt eine“, dann schreibe er sich „die Gabe der Vermittlung“ zu. Der Sozialdemokrat verzichtet auf „Hilfstruppen in der Partei“, und er ist stolz darauf, daß die Genossen wissen: „Auf den kann man sich verlassen, mit dem brechen wir nicht ein, der macht keine krummen Sachen.“

Hoffärtig, selbstgerecht — so lautet landläufig das Urteil nach solcher Selbstdarstellung: Missionar könnte er sein, wenn er wirklich so wäre, wie er sich sieht, aber kein Minister. Doch

Diether Posser regiert bereits seit vier Jahren, bislang nordrhein-westfälische Bundesangelegenheiten in Bonn, und laut NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn soll er 1976 dessen Nachfolge antreten.

Brillant als Jurist (mit der vermutlich kürzesten Studienzeit aller Kollegen: 18 Monate), bekennerrisch im christlichen Engagement („Natürlich habe ich theologische Beweggründe, das Wahrheitsgebot zum Beispiel“), irritiert Posser wie kaum einer all jene, die in der bundesdeutschen Politik nur Gebärzeltem eine Chance geben.

Sein Weg war früh markiert. „Du mußt werden wie Heinemann“, so brachte Vater Heinrich Posser bereits dem Konfirmanden Diether das Vorbild nahe, dem Posser junior nun tatsächlich nachgezeichnet scheint. Presbyter war der heutige Bundespräsident.



NRW-Justizminister Posser
„Du mußt werden wie Heinemann“

als Posser ihm 1936 erstmals im Gemeindesaal die Hand gab. Und als Presbyter diente später 20 Jahre lang auch Posser.

„Wollense Geld oder wollense gefördert werden?“ fragte 1950 der gerade zurückgetretene CDU-Innenminister Heinemann den Referendar Posser, als dieser ihm Hilfe anbot. Posser verneinte beides und bekam für drei Wochen Hausschlüssel und Auftrag, die Post „nach eigenem Ermessen“ zu beantworten. „Ich mach 'ne Praxis auf, habense Lust?“ fragte Heinemann im folgenden Jahr. Posser, der eigentlich den diplomatischen Dienst anvisiert hatte, bejahte und bekam fortan 300 Mark pro Monat, Tippen zeitweilig eingeschlossen.

Doch die beiden Sozii machten fast ausschließlich Politik, zunächst in der überparteilichen „Notgemeinschaft“ und als pazifistische Protestanten allemal gegen die westdeutsche Aufrü-

stung, dann in der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP) bis zu deren Auflösung 1957. Beide wurden danach Sozialdemokraten.

Vornehmlich in politischen Verfahren profilierte Posser sich als Strafverteidiger. Er tritt für Kommunisten wie Wehr- und Wehrersatzdienstverweigerer, für ehemalige SS-Leute wie radikale Araber, und er verhandelte unauffällig mit der DDR über Austausch und Freilassung politischer Häftlinge.

Im Habitus stets korrekt mit Krautwatte, in der Sprache so nüchtern wie im Argument pointiert, mit einem Faible für politische Witze gleich Posser seinem „väterlichen Freund“ Heinemann zwar zunehmend, doch längst hatte er einen eigenen Namen, als er 1958 erstmals für den Landtag kandidierte — und erstmals durchfiel. Nach dem dritten Anlauf saß er schließlich 1966 im Düsseldorfer Parlament, dann freilich auch bald als Vorsitzender des Justizausschusses.

Beobachter in einer Fernaufklärungsstaffel war der Reserveleutnant im Kriege, und als Kühns Reservemann in Bonn machte er vier Jahre lang auch dort die Gegner eher aus als kaputt. Nicht vernichten, verhandeln ist seine Stärke — das aber notfalls auch nachts, obwohl er statt dessen gern lesen (Historisches übers Mittelalter), noch lieber schreiben (Biographien) oder auch Doppelkopf spielen würde.

Auch in Düsseldorf will Posser nun „mit vollem Einsatz Justizminister sein“, obwohl er sich „nicht beworben hätte, wenn die Stelle ausgeschrieben worden wäre“. „Sicher wäre ich gern Ministerpräsident, lieber als Bundesjustizminister“, gibt er zu. Doch deswegen tut er noch lange nicht, was Landeschef Kühn gern sähe: sich als Tribun zu gerieren. „Die Frage“, sagt Posser, „ist nicht aktuell, denn Kühn, den ich persönlich sehr schätze, ist auf längere Sicht der Beste.“

„Alles fällt dem zu, der warten kann“, hält Diether Posser für eine gute chinesische Weisheit. Und selbst wenn andere ungeduldiger sein sollten, sein Freund Wissenschaftsminister Johannes Rau zum Beispiel oder Friedrich Halstenberg, sein Nachfolger im Bonner Amt und Chef der Staatskanzlei — Posser „stört überhaupt keiner, der auch Ministerpräsident werden will“.

Darüber, wer es werden soll, könne auch Kühn nicht, sondern nur die Partei befinden. „denn wir leben in keiner Erbmonarchie“. Er werde, wie er beteuert, durchaus konkurrieren, auch kämpfen und Massen begeistern. Aber: „Ich bin kein Tagträumer, noch verschwende ich keinen Gedanken daran.“

Chef Kühn über den guten Menschen von Düsseldorf, zu dem nicht einmal der Opposition Abfälliges einfällt: „Noch bin ich noch besser.“